

Ökologie & EUROPA

ödp



Magazin zur politischen Arbeit von Manuela Ripa –
Europaabgeordnete der Ökologisch-Demokratischen Partei



Weltartenschutzkonferenz CITES

Seite 4

Mercosur-Freihandelsvertrag

Seite 6

Made in Europe

Seite 8

Besuch im Europäischen Parlament

Seite 10

Ewigkeits-Chemikalien PFAS

Seite 11

Wasch- & Reinigungsmittel

Seite 12

Via Democratia - Kulturstraße der Demokratie

Seite 14

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich sehr, euch die erste Ausgabe der Ökologie & Europa des Jahres 2026 vorzustellen. Besonders intensiv hat mich in den letzten Monaten das wichtige Thema Artenvielfalt beschäftigt. Angesichts des rasanten Schwunds der Biodiversität hat sich die Weltgemeinschaft im November und Dezember 2025 zur 20. Weltartenschutzkonferenz CITES COP20 in Samarkand/Usbekistan getroffen. Das CITES-Abkommen ist eines der wertvollsten Werkzeuge gegen das Artensterben. Ich habe in Samarkand das Europaparlament als Delegationsleiterin vertreten. Die Ergebnisse der Konferenz machen Hoffnung - mehr dazu in diesem Heft!

In Brüssel und Straßburg hat uns Anfang 2026 die Abstimmung zum EU-Mercosur-Freihandelsabkommen in Atem gehalten. Ich habe dafür gestimmt, das Abkommen dem Europäischen Gerichtshof vorzulegen. Warum ich diesen Schritt für richtig halte und welche Konsequenzen daraus aus ökologischer Sicht folgen sollten, erläutere ich in dieser Ausgabe. Meine Meinung zum Mercosur-Vertrag insgesamt hat sich nicht geändert: Mehr Zusammenarbeit mit Lateinamerika ist sehr wichtig, dieses Abkommen aber ein Irrweg.

Ganz klar möchte ich noch einmal unterstreichen: Eine Absprache zwischen der ÖDP und dem Rechtsaußen-Lager des Europaparlaments, das den Mercosur-Vertrag ebenfalls ablehnt, gab und gibt es nicht. Die ÖDP ist eine demokratische, klar proeuropäische Partei. Unser Ziel ist eine nachhaltige,

ökologische und sozial faire EU. Genau deshalb kritisieren wir den Mercosur-Vertrag in seiner jetzigen Form: Er erfüllt keinen dieser Punkte.

Wie aber könnte angesichts der globalen Spannungen und Umwälzungen Europas Zukunft aussehen? Dazu haben meine Partei und ich viele Debatten geführt und Konzepte erarbeitet. Ein Ansatz, den ich schon seit vielen Jahren vorantreibe, möchte ich Euch in diesem Heft skizzieren: Ich setze mich für eine zukunftsfähige Industriepolitik unter dem Leitmotiv „Made in Europe“ ein. Das Ziel ist nicht Abschottung, sondern die Förderung regionaler, nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe und der europäischen Handlungsfähigkeit.

Aber auch in unserem Alltagsleben können wir Verbesserungen schaffen. Dass Wasch- und Reinigungsmittel umweltfreundlicher werden und noch dazu tierversuchsfrei sind, habe ich in meinen Funktionen als Berichterstatterin und Mitverhandlerin der neuen EU-Waschmittelverordnung mit erkämpft. Um die gefährlichen Ewigkeitschemikalien (PFAS) ging es auf einer Veranstaltung im EU-Parlament, die ich mit einer Kollegin organisiert habe. Vertreterinnen und Vertreter von über 20 Regionen und Kommunen, die von PFAS besonders betroffen sind, haben dort einen dringend nötigen EU-weiten Aktionsplan präsentiert.

Zu guter Letzt berichte ich euch von einer Ausstellung, die das Herz jedes Europafreundes und jeder Europafreundin höher schlagen lässt: Im

EU-Parlament habe ich die „Via Democratia - Europastraße der Demokratie“ vorgestellt. Das Projekt, von Ehrenamtlichen mit großer Leidenschaft auf die Beine gestellt, zeigt, wie lebendig die europäische Idee fast 70 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge ist. Lasst Euch überraschen!

Regelmäßige Informationen zu meiner Arbeit findet Ihr auch auf meiner Website und auf meinen Social-Media-Kanälen. Schaut gerne vorbei. Auch über Besuchergruppen in Brüssel oder Straßburg freue ich mich. Nähere Informationen zu den Formalitäten eines Besuchs gibt es ebenfalls in diesem Heft.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzlichst, Eure

Manuela Ripa



Kontakt Manuela Ripa:

-  www.manuela-ripa.eu
-  Facebook: @ripamanuela
-  Instagram: @manuela.ripa
-  Bluesky: @manuelaripa.bsky.social
-  Mastodon: @manuelaripa
-  LinkedIn: manuela-ripa-726437343
-  Youtube: @ManuelaRipa_MdEP



Weltartenschutzkonferenz CITES

Magere Ergebnisse nach endlosem Ringen - die internationale Klimaschutz-Konferenz COP30 im November 2025 in Belém produzierte hauptsächlich offene Fragen und Ernüchterung. Unmittelbar danach richteten sich die Blicke der internationalen Gemeinschaft auf Samarkand. In der usbekischen Metropole war vom 24. November bis 5. Dezember 2025 die Weltartenschutzkonferenz CITES COP20 angesetzt. Das Thema Biodiversität, mindestens ebenso wichtig wie der Klimaschutz - würde diese Konferenz erfolgreicher werden?

Nach dem Treffen große Erleichterung: Die 20. Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES) zeigte, dass multilaterale Diplomatie noch funktionieren kann, wenn der politische Wille gegeben ist. „Stolze 63 Hai- und Rochenarten wurden in die Schutzprotokolle aufgenommen oder hochgestuft“, berichtet Manuela Ripa, Leiterin der CITES-Delegation des Europaparlaments. Für elf besonders gefährdete Arten - Walhai, Weißspitzen-Hochseehai und

verschiedene Teufelsrochenarten - gilt künftig ein globales Handelsverbot. Für 52 weitere Arten gelten strenge Handelsbeschränkungen. Einen besseren Schutz gibt es künftig auch für bestimmte Schildkröten, Leguane, Geckos, Vipern und zahlreiche weitere Tierarten. Für die Europäische Union war Samarkand eine wichtige Messlatte: Der Schutz von Haien und Rochen war auf der Konferenz eine von Europas Prioritäten. „Wenn Haie an der Spitze der Nahrungskette ausfallen, schädigt dies ganze Ökosysteme wie Korallenriffe und Seegraswiesen“, erläutert Ripa. „Diese werden auch verletzlicher gegenüber Temperaturanstieg und Meeresverschmutzung. Wir brauchen noch mehr Haischutz jenseits von CITES, aber dies war ein riesiger Schritt in die richtige Richtung.“

Mit Abgeordneten aus fünf Fraktionen unter Leitung Ripas sowie des spanischen Sozialdemokraten César Luena war die Parlamentsdelegation breit aufgestellt. Sie brachte zudem eine starke Resolution des Parlamentsplenums mit, die die politischen

Leitplanken für das Auftreten der EU setzte. Für die hochpolitischen CITES-Verhandlungen war das ein wichtiger Faktor: Die verhandlungsführende EU-Kommission konnte sich so nicht nur auf wirtschaftliches Gewicht stützen, sondern auf ein klares demokratisches Mandat und politische Einheit, und damit glaubwürdiger für ambitionierte Schutzvorschläge und tragfähige Kompromisse werben.

Angesichts des rasant fortschreitenden Artensterbens ging die wichtigste Botschaft des Europaparlaments aber über einzelne Schutzanträge weit hinaus. „Mit CITES haben wir seit 50 Jahren ein wertvolles und starkes Instrument gegen den Artenschwund an der Hand“, unterstreicht Ripa, „aber die Erfolge wiegen die Verluste immer noch nicht auf. Rund eine Million Arten sind vom Aussterben bedroht, viele könnten schon in den nächsten Jahrzehnten verschwinden. Es ist schon eher fünf nach zwölf als fünf vor zwölf, die internationale Gemeinschaft muss viel schneller vorankommen.“

Die Liste der dringlichen Forderungen des Europaparlaments ist deshalb lang: Mehr Geld für die Umsetzung des CITES-Abkommens, bessere Kontrollen, eine bessere Strafverfolgung, eine bessere internationale Zusammenarbeit etwa in Form von mehr Datenaustausch. Ein Schwerpunkt solle auf dem Kampf gegen illegalen Wildtierhandel und organisierte Kriminalität liegen: Der illegale Artenhandel sei „inzwischen die viertgrößte Form der organisierten Kriminalität weltweit“, so das Parlament in seiner Resolution.

Doch auch außerhalb von CITES ist ein Handeln dringend nötig, wie das Parlament unterstreicht. So habe die EU immer noch kein Gesetz, das den Handel mit im Herkunftsland gestohlenen Tieren in Europa grundsätzlich strafbar mache, kritisiert Ripa. „Andere Länder haben längst solche Regeln. Ein Gesetz

ähnlich dem US-„Lacey Act“, nämlich dass illegal eingeführte Tiere nicht legal verkauft werden dürfen, würde präventiv greifen und daher große Wirkung entfalten.“

Generell müsse auch das Bewusstsein vieler Tierfreunde geschärft werden: „Es ist weltweit ein beunruhigender Trend, exotische Wildtiere als Haustiere zu halten, auch



befeuert durch Internet-Influencer. Dem müssen wir entgegenwirken“, sagt Ripa. Damit Bürgerinnen und Bürger sich ganz sicher sein können, kein bedrohtes Tier als Haustier zu erwerben, setzt sich das Europaparlament seit langem für eine europäische „Positivliste“ für Haustiere ein - also eine Liste von Tierarten, die als Haustiere geeignet und daher für die private Haltung erlaubt sind.

Europa müsse seine eigenen Hausaufgaben machen und gleichzeitig international seiner Verantwortung nachkommen, unterstreicht Ripa. „Das ist umso wichtiger, als sich die USA immer weiter von der internationalen Bühne zurückziehen, auch aus dem weltweiten Artenschutz.“ Die nächste CITES-Konferenz findet in zwei bis drei Jahren statt. Bis dahin müssten die Entscheidungen von Samarkand entschlossen umgesetzt werden. Ob die Beschlüsse von Samarkand Wirkung entfalten, entscheidet sich nicht in Konferenzsälen, sondern in Häfen, Märkten, Schutzgebieten.



Diskussion mit Prof. Andrioli über Mercosur: Er ist Professor in Brasilien und engagiert sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft sowie gegen das EU-Mercosur-Abkommen.

Mercosur und Europa

Der umstrittene Freihandelsvertrag zwischen der EU und vier lateinamerikanischen Ländern (Mercosur-Block) wird vom Europäischen Gerichtshof geprüft - selten hat eine Entscheidung des Europäischen Parlaments für so viel Aufsehen und Diskussionen gesorgt. Was muss aus ökologischer Sicht nun geschehen?

„Es gibt erhebliche juristische und inhaltliche Bedenken – und das aus gutem Grund“, sagt Manuela Ripa, Europaabgeordnete der ÖDP, die für die EuGH-Anrufung gestimmt hat. „Durch die Aufteilung des Abkommens in ein gemischtes Partnerschaftsabkommen und in einen Handelsteil könnten nationale Parlamente umgangen werden. Das muss überprüft werden. Denn demokratische Mitwirkung ist kein Hindernis, sondern Voraussetzung nachhaltiger Außen- und Handelspolitik.“

Die Europäische Union und die Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay hatten den Vertrag nach über 25-jährigen Verhandlungen am 17. Januar unterzeichnet.

Durch den Abbau von Zöllen und Quoten erhoffen sich beide Seiten wirtschaftliche Vorteile durch bessere Marktzugänge und mehr Exporte. Zudem hofft die EU - gerade in Zeiten des erodierenden Multilateralismus und zunehmender geopolitischer Spannungen - auf Diversifizierung und eine stärkere politische Zusammenarbeit mit Lateinamerika.

Wie viele andere Kritiker sind Manuela Ripa und die ÖDP jedoch der Ansicht, dass der Mercosur-Vertrag in der vorliegenden Form der denkbar falsche Weg dafür ist. „Das Mercosur-Abkommen ist ein Handelsvertrag alter Schule, der aus unterschiedlichen Standards Gewinne ziehen will“, unterstreicht Ripa. „Es fördert ein Agrar- und Exportmodell, das auf Entwaldung, Monokulturen und massiven Pestizideinsatz setzt. Nachhaltige Entwicklung und auch strategische Autonomie sehen anders aus. Gleichzeitig drohen Landwirten und Verbrauchern in Europa massive Risiken durch die unterschiedlichen Produktionsbedingungen.“ Eine Absprache zwischen der ÖDP und dem Rechtsaußen-Lager des Europaparlaments,

das den Mercosur-Vertrag ebenfalls ablehnt, hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben, wie Ripa klarstellt. „Die ÖDP ist eine demokratische, klar proeuropäische Partei. Unser Ziel ist eine nachhaltige, ökologische und sozial faire EU. Genau deshalb kritisieren wir den Mercosur-Vertrag in seiner jetzigen Form: er erfüllt keinen dieser Punkte!“

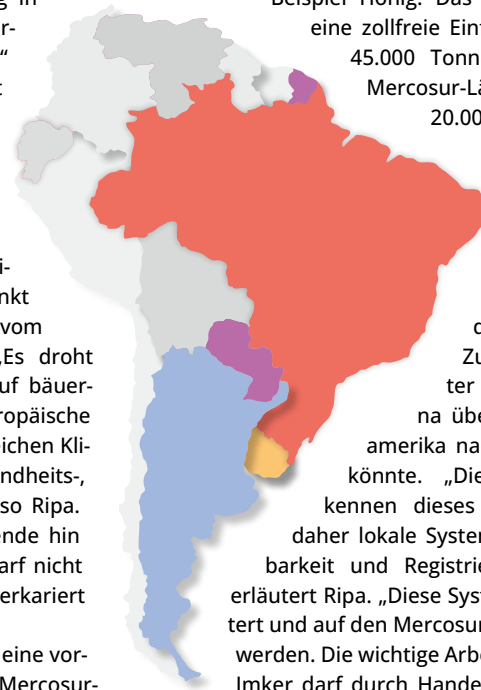
Das Abkommen sieht unter anderem vor, dass die Mercosur-Staaten auf Ausgleichszahlungen klagen können, sollten Exporte aus diesen Ländern durch europäische Regeln eingeschränkt werden. Dies soll nun vom EuGH geprüft werden. „Es droht ein unzulässiger Druck auf bäuerliche Betriebe und auf europäische Gesetzgebung in den Bereichen Klima-, Umwelt-, Tier-, Gesundheits- und Verbraucherschutz“, so Ripa. „Die notwendige Agrarwende hin zu mehr Nachhaltigkeit darf nicht durch Handelsregeln konterkariert werden.“

Da trotz aller Probleme eine vorläufige Anwendung des Mercosur-Abkommens geplant sei, „brauchen wir zusätzliche Schutzvorkehrungen und sehr viel schärfere Kontrollen“, fordert Ripa. Beispiel Pestizide: Papayas, Mangos und andere Südfrüchte werden in Lateinamerika häufig mit Substanzen behandelt, die in der EU verboten sind. Über Obstimporte gelangen diese Giftstoffe letztlich doch nach Europa. Dies ist im Moment nicht automatisch illegal, da es in der EU gesetzliche Grenzwerte für die Rückstände dieser Pestizide gibt, die Importe möglich machen. „Das reicht nicht. Ich fordere, nach französischem Vorbild, ein vollständiges Verbot von Agrarimporten mit solchen gefährlichen Pestiziden“, unterstreicht Ripa.

Wie Recherchen etwa von Greenpeace gezeigt haben, tauchen außerdem in der EU immer wieder Früchte auf, die stärker belastet sind, als derzeit erlaubt. „Daher müssen Importe sehr viel strenger kontrolliert werden“, verlangt Ripa.

Beispiel Honig: Das Abkommen enthält eine zollfreie Einfuhrquote von rund 45.000 Tonnen Honig aus den Mercosur-Ländern, also rund 20.000 Tonnen mehr als bisher. Europäische Imker fürchten daher einen massiven Wettbewerbsdruck. Dahinter steht auch die Sorge, dass mit Zuckersirup gestreckter Billighonig aus China über den Umweg Südamerika nach Europa gelangen könnte. „Die Lateinamerikaner kennen dieses Risiko und haben daher lokale Systeme der Rückverfolgbarkeit und Registrierung eingerichtet“, erläutert Ripa. „Diese Systeme müssen erweitert und auf den Mercosur-Vertrag übertragen werden. Die wichtige Arbeit der europäischen Imker darf durch Handelsliberalisierung keinen Schaden nehmen.“

Die grundsätzliche Richtung, die Europa einschlagen muss, ist für Ripa und die ÖDP jedoch klar: „Die Antwort auf Trumpismus und geopolitische Machtspiele ist eine starke, regional verankerte Landwirtschaft“, unterstreicht Ripa. „Wir brauchen eine Landwirtschaft, die nicht von importierten Düngemitteln abhängt, sondern in funktionierenden Kreisläufen arbeitet – wie es der Ökolandbau vormacht. Verträge wie das vorliegende EU-Mercosur-Abkommen bewirken jedoch das Gegenteil. Europa wird nicht fit für die Zukunft, indem es seine eigenen Standards untergräbt.“





„Made in Europe“ – für eine strategische Souveränität Europas

Bereits seit Beginn ihrer Mandatszeit setzt sich Manuela Ripa für eine klare, nachhaltige und zukunftsfähige europäische Industriepolitik ein unter dem Leitmotiv „Made in Europe“. Gerade in einer Welt, die von geopolitischen Spannungen, instabilen Lieferketten und zunehmender Abhängigkeit von Drittstaaten geprägt ist, braucht Europa eine strategische Neuausrichtung.

Denn unsere wirtschaftliche Resilienz beginnt zu Hause mit starken, innovativen europäischen Unternehmen, fairer öffentlicher Auftragsvergabe und einem klaren politischen Bekenntnis zur industriellen Wertschöpfung in Europa.

Inzwischen hat auch die Europäische Kommission die zentrale Bedeutung dieses Themas erkannt. So wurde angekündigt, dass unter anderem in künftigen Gesetzesinitiativen der Fokus auf der Stärkung der europäischen Produktion, der technologischen Souveränität und strategischen Schlüsselindustrien liegen soll.

Öffentliche Aufträge an europäische Firmen: Verantwortung zeigen!

Jedes Jahr vergeben öffentliche Stellen in der EU Aufträge im Wert von mehr als zwei Billionen Euro. Diese Mittel müssen gezielt genutzt werden, um europäische Unternehmen zu stärken, hochwertige Arbeitsplätze zu sichern und unsere technologischen Kapazitäten auszubauen.

Für die öffentliche Auftragsvergabe muss gelten: Wann immer europäische öffentliche Gelder eingesetzt werden, müssen sie zur europäischen Produktion, zur regionalen Wertschöpfung und zur Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze beitragen.

Dafür sind faire Wettbewerbsbedingungen notwendig, damit europäische Unternehmen auf dem globalen Markt bestehen können, ohne durch unfaire Subventionen, Marktverzerrungen oder Dumpingpreise aus Drittstaaten unter Druck gesetzt zu werden. Zudem sollten EU-weit einheitliche

Vergabeleitlinien eingeführt werden, die Nachhaltigkeit, Resilienz und soziale Verantwortung als verbindliche Kriterien berücksichtigen. So wird öffentliche Beschaffung zu einem strategischen Instrument für mehr Innovationskraft, Versorgungssicherheit und industrielle Souveränität in Europa.

Herkunftskennzeichnung im Online-Handel – eine übersehene Lücke

Nach einem Austausch mit dem Kreisverband der ÖDP Weilheim-Schongau hat die Europaabgeordnete die EU-Kommission gefragt, warum Verbraucherinnen und Verbraucher beim Online-Shopping kaum erkennen können, woher ein Produkt stammt, und warum sie keine Möglichkeit haben, gezielt nach EU-Produkten zu filtern.

Die Antwort ist eindeutig: Es gibt keine allgemeine Pflicht zur Herkunftskennzeichnung im Online-Handel.

Bislang sind nur bestimmte Produktgruppen, wie etwa Lebensmittel, davon ausgenommen. Das ist eine klare Lücke im Verbraucherschutz und benachteiligt europäische Hersteller. „Made in Europe“ muss sichtbar, filterbar und gezielt wählbar sein. Nur so können wir unsere heimische Wirtschaft stärken und gleichzeitig jene Produkte fördern, die unter hohen Umwelt- und Sozialstandards hergestellt werden. Die Herkunft eines Produkts darf kein blinder Fleck mehr im EU-Verbraucherrecht sein.

Digitale Souveränität ist nicht verhandelbar – Reaktion auf US-Zolldrohungen

Mit Sorge betrachtet Manuela Ripa auch die aktuellen Entwicklungen in den transatlantischen Handelsbeziehungen. Der US-Präsident droht der EU immer wieder mit Strafzöllen auf europäische Produkte, weil

der Digital Services Act (DSA) und der Digital Markets Act (DMA) die Macht großer Tech-Konzerne einschränken sollen. Für die Europaabgeordnete der ÖDP steht jedoch fest:

Europa darf sich nicht einschüchtern lassen. Der DSA und der DMA sind keine Handelshemmnisse, sondern notwendige Instrumente zum Schutz unserer Grundrechte, zur Begrenzung von Desinformation, zur Verhinderung von Datenmissbrauch und zur Förderung fairen Wettbewerbs. Große Plattformen müssen sich an europäische Regeln halten – egal, ob sie aus Kalifornien oder Deutschland stammen. Bei ihren Gesprächen in den USA im Mai 2025, unter anderem mit Gewerkschaften von Schauspielern und Drehbuchautoren, habe sie viel Zuspruch für die europäische Regulierung erfahren. DSA und DMA werden dort zunehmend als Vorbild gesehen. Europas digitale Zukunft wird mit demokratischen Werten gestaltet, nicht mit wirtschaftlichem Druck von außen.

„Made in Europe“ ist ein Werteversprechen. „Made in Europe“ steht für mehr als nur die geografische Herkunft. Es steht für Demokratie, Transparenz, Umweltverantwortung und Menschenrechte. Indem die EU europäische Produkte und Technologien bevorzugt, setzen sie ein politisches Zeichen: für Qualität statt Dumping, Fairness statt Ausbeutung und Resilienz statt Abhängigkeit. Es geht nicht um Abschottung, sondern um Selbstbestimmung. Eine europäische Wirtschaft, die widerstandsfähig, nachhaltig und innovativ ist, erfordert politischen Mut und strategische Weitsicht.

„Made in Europe“ ist deshalb keine nostalgische Formel, sondern ein Zukunftsversprechen. Für wirtschaftliche Souveränität, gesellschaftliche Stabilität und ein Europa, das endlich wieder aus eigener Kraft gestalten kann.



Besuchergruppe ÖDP Weilheim-Schongau

Besuch im Europäischen Parlament

Regelmäßig bekomme ich im Europäischen Parlament in Brüssel oder Straßburg Besuch von ÖDP-Gruppen, Schulklassen oder Gruppen von interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Eine spannende Möglichkeit, sich direkt auszutauschen und Einblicke in meine parlamentarische Tätigkeit zu erhalten. Zudem kann die Besuchertribüne des Parlaments besucht werden, ebenso wie das Parlamentarium (Brüssel und Straßburg) bzw. das Haus der Europäischen Geschichte (Brüssel), die die Gäste noch eingehender mit der Geschichte des Europäischen Parlaments und der EU insgesamt vertraut machen. Bezuschusste Gruppen erhalten bei ihrem Besuch auch einen Vortrag von einer Person des Besucherdienstes des Parlaments.

Es gibt die Möglichkeit, sich als bezuschusste oder unbezuschusste Gruppe anzumelden. Bezuschusste Gruppen erhalten einen Zuschuss zu den Reise- sowie den Übernachtungskosten, außerdem auch eine Verpflegungspauschale. Da bezuschusste Besuche sehr nachgefragt sind und nur ein begrenztes Kontingent zur Verfügung steht, bitten wir Euch, möglichst frühzeitig bei uns anzufragen. Bei unbezuschusteten Gruppen sind wir deutlich freier bei der Planung. Falls Ihr an einem solchen Besuch interessiert seid, könnt Ihr gerne Kontakt mit meinem Büro aufnehmen. Schreibt mich bitte dazu auf meiner E-Mail-Adresse europabuero@manuela-ripa.eu an. In diesem Sinne: Hoffentlich auf bald, in Brüssel oder Straßburg.

PFAS: Kommunen brauchen Unterstützung - jetzt handeln!

Im Februar 2026 organisierten die Europa-abgeordneten Manuela Ripa und Cristina Guarda im Europäischen Parlament ein Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern von über 20 lokalen und regionalen Behörden aus ganz Europa. Im Zentrum stand ein Thema, das oft unter dem Radar bleibt, unsere Umwelt und Gesundheit jedoch gravierend bedroht: PFAS, auch „Ewigkeitschemikalien“ genannt.

PFAS (Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen) sind extrem langlebige chemische Verbindungen, die sich in der Umwelt und im menschlichen Körper anreichern - mit potenziell schwerwiegenden Folgen. Besonders betroffen sind Kommunen, die mit PFAS-Belastungen in Böden, Trinkwasser und Flüssen konfrontiert sind, ohne dass ihnen ausreichend gesetzliche oder finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Die eingeladenen Fachleute aus Städten wie Berlin und Regionen wie Lyon zeigten anhand konkreter Fallbeispiele, wie dramatisch die Situation bereits ist. So ist etwa das Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel mit PFAS belastet - ein Beispiel von vielen. Die Zeit zu handeln ist jetzt. Ein EU-weiter Aktionsplan ist dringend nötig. Bei der Veranstaltung wurde ein neuer, von den Regionen erarbeiteter PFAS-Aktionsplan präsentiert.

Er enthält klare Forderungen:

- Stärkere Prävention
- Verankerung des Verursacherprinzips
- verbesserter Datenaustausch
- Harmonisierung der Grenzwerte innerhalb der EU

Besonders wichtig ist: Dort, wo PFAS direkt mit Menschen oder der Umwelt in Kontakt kommen, müssen sie konsequent verboten werden. In Bereichen wie der Medizintechnik, in denen ein Einsatz derzeit noch unvermeidbar ist, muss am Ende des Produktzyklus eine sichere Zerstörung gewährleistet sein. Dafür existieren längst Technologien.

Die Veranstaltung hat gezeigt, dass Regionen und Städte über enormes Fachwissen verfügen, aber politisches Gehör und Unterstützung benötigen. Manuela Ripa war es mit dieser Veranstaltung ein Anliegen, diesen Austausch zu ermöglichen und eine dauerhafte Zusammenarbeit mit Städten und Kommunen auf den Weg zu bringen. Denn ohne ihre Erfahrung vor Ort kann eine wirksame europäische PFAS-Strategie nicht gelingen. Die beiden Abgeordneten wollen mit den Städten und Regionen im engen Austausch bleiben und sie weiter im Kampf gegen PFAS unterstützen.



Verbesserungen beim Verbraucherschutz

Wichtige Informationen zu dem Produkt werden nun für Verbraucherinnen und Verbraucher direkt und vor allem lesbar auf den Verpackungen stehen. Das neue Gesetz schreibt vor, dass Wasch- und Reinigungsmittel – ebenso wie Nachfüllprodukte – mit klaren und leicht verständlichen Etiketten versehen sein müssen. So werden Konsumentinnen und Konsumenten vollständig über die wichtigsten Inhaltsstoffe informiert, insbesondere über potenziell allergene Substanzen, wie etwa Allergie auslösender Duftstoffe. Ergänzend können digitale Etiketten in Form eines digitalen Produktpasses weitere Informationen liefern. Diese Transparenz ist beispielsweise nicht nur äußerst wichtig für Allergiker, sondern beispielsweise auch, wenn es zu einem Haushaltsunfall mit Kindern kommt und ein Arzt schnell informiert werden muss.

Umwelt- und Gewässerschutz

Die überarbeiteten Vorschriften sehen vor, schädliche Auswirkungen von Waschmitteln und Tensiden auf die Gesundheit und die Ökosysteme weiter zu verringern. So müssen die Polymerfolien, die rund 70 % der Waschmitteltabletten und -kapseln umgeben, künftig biologisch abbaubar sein. Das ist wichtig, um die Plastikverschmutzung zu reduzieren.

Ein zentrales Problem für Flüsse und Seen stellen weiterhin Phosphate dar, die maßgeblich zur Überdüngung von Gewässern und zum schädlichen Algenwachstum (Eutrophierung) in ganz Europa beitragen. Dabei zeigen bereits heute zahlreiche Hersteller, dass der Verzicht

auf Phosphate in Konsum- und Industrieprodukten technisch machbar ist. Im Rahmen der Verhandlungen wurde jedoch zum Bedauern Ripas keine Verschärfung der Phosphorgrenzwerte für Haushaltsprodukte beschlossen, lediglich eine zeitnahe Folgenabschätzung. „Das ist eine Verzögerung auf dem Weg zu einer schadstofffreieren Umwelt“, kritisiert Ripa. Für enttäuschend hält sie auch das Fehlen von konkreten Grenzwerten zur Reduktion von Phosphat- und Phosphorgehalten in industriellen Detergenzien, wie sie es in ihrem Bericht gefordert hatte. „Das war mit den Mitgliedsstaaten leider nicht zu machen.“

Manuela Ripa kündigte daher an, sich weiterhin entschlossen für eine konsequente Reduzierung schädlicher Stoffe in Alltagsprodukten einzusetzen. Viele Hersteller seien dafür auch durchaus offen: „Klare und konkrete Vorgaben können Innovationen in der Branche anstoßen und die ökologische Transformation der Produktion beschleunigen“, ist Ripa überzeugt.



Verhandler der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates.

Wasch- & Reinigungsmittel in der EU

Das Europäische Parlament hat das neue EU-Gesetz zu Wasch- und Reinigungsmitteln endgültig beschlossen – und damit mehr Schutz für Verbraucherinnen und Verbraucher, Tiere und Umwelt erreicht.

Weil viele Wasch- und Reinigungsmittel aus unserem Alltag nicht wegzudenken sind, kommt dem Schutz vor schädlichen Inhaltsstoffen bei ihrer täglichen Nutzung ebenso große Bedeutung zu wie einer möglichst umweltfreundlichen Herstellung.

Die EU-Abgeordnete und Umweltpolitikerin Manuela Ripa setzte sich für eine starke Verordnung ein. Als Berichterstatterin in der vergangenen Legislaturperiode und später als Mitverhandlerin des Parlaments im Trilog mit EU-Rat und EU-Kommission hat sie die Reform entscheidend mitgestaltet. Das Verhandlungsergebnis bewertet sie insgesamt positiv: Zahlreiche Forderungen aus ihrem Bericht fanden Eingang in den endgültigen Gesetzestext und verbesserten den ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission.

Beim Umgang mit Schadstoffen in Industrieprodukten sieht Ripa allerdings weiterhin Spielraum für deutlich ambitioniertere Regelungen. „Hier haben sich vor allem nationale Regierungen im Ministerrat quer gestellt“, kritisiert sie.

Verbot von Tierversuchen

Die Reform der Detergenzienverordnung verbietet künftig sämtliche Tierversuche, die im Zusammenhang mit der Prüfung von Wasch- und Reinigungsmitteln oder deren Inhaltsstoffen stehen. Diese Forderung hatte Ripa als Berichterstatterin in den Gesetzesvorschlag geschrieben und erreicht, dass sie es auch in den finalen Gesetzestext schafft. Stattdessen sollen bereits verfügbare alternative Testmethoden eingesetzt werden. Dies wertet Ripa als besonderen Erfolg mit „Strahlkraft für andere Gesetzgebungsverfahren“, um Tierversuche langfristig weiter zu reduzieren.



Via Democratia - Kulturstraße der Demokratie

Europa ist mehr als ein Binnenmarkt. Es ist ein Raum der Freiheit, des Dialogs und der gemeinsamen Verantwortung. Gerade in einer Zeit, in der demokratische Werte zunehmend unter Druck stehen, braucht es Orte und Initiativen, die Europa nicht nur politisch, sondern auch kulturell und historisch erfahrbar machen. Genau hier setzt die Ausstellung „Via Democratia - Eine Kulturstraße der Demokratie“ an, die im Februar im Europäischen Parlament in Straßburg eröffnet wurde.

Initiiert wurde die Ausstellung von Manuela Ripa, die das Projekt fraktionsübergreifend auf den Weg brachte und ihre Kolleginnen und Kollegen Vizepräsidentin MdEP Sabine Verheyen (EVP), Vizepräsidentin MdEP Katarina Barley (S&D), Quästorin MdEP Fabienne Keller (Renew) Quästor MdEP Marc Angel (S&D), MdEP Pascal Arimont (EVP) und MdEP Jeroen Lenaers (EVP) für die Mitwirkung gewinnen konnte. In Zusammenarbeit mit dem Ver-

ein Via Democratia Europa e. V. entstand eine Ausstellung, die Europa entlang einer symbolischen Route durch fünf EU-Gründerstaaten sichtbar macht.

Auf über zwanzig Tafeln führt die Kulturroute von Straßburg über Saarbrücken, Luxemburg, Trier, Eupen, Aachen und Maastricht bis nach Brüssel. Alle beteiligten Abgeordneten stellten dabei ihre Städte oder Regionen vor:

Fabienne Keller präsentierte Straßburg als Symbol der deutsch-französischen Versöhnung, Marc Angel Luxemburg als Sitz zentraler EU-Institutionen, Katarina Barley Trier als Ort europäischer Geistesgeschichte, Pascal Arimont Eupen als Zentrum der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Sabine Verheyen Aachen als Stadt Karls des Großen und Jeroen Lenaers Maastricht als Geburtsort der Europäischen Union.

Manuela Ripa selbst stellte ihre Heimatstadt Saarbrücken vor - einen Ort, der wie

kaum ein anderer für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und gelebten europäischen Alltag steht. Die Via Democratia macht deutlich: Demokratie entsteht nicht im luftleeren Raum. Sie wächst in Städten, in Regionen und durch Begegnungen über Grenzen hinweg. Die Kulturroute versteht Europa als gemeinsamen Erfahrungsraum - geprägt von Geschichte, Vielfalt und dem Willen zur Zusammenarbeit.

Nach der Premiere im Europäischen Parlament soll die Ausstellung nun als Wanderausstellung entlang der Route weitergeführt werden. Ziel ist es, den europäischen Dialog auch in den beteiligten Städten und Regionen zu stärken - und Europa erlebbar zu machen.



... in aller Kürze



Wenn Sie weitere Exemplare
dieses Heftes erhalten
möchten, dann schreiben
Sie uns gerne an:
[europabuero@
manuela-ripa.eu](mailto:europabuero@manuela-ripa.eu)



Impressum

Inhalt & Redaktion: Manuela Ripa
Der Druck erfolgte auf
100 % Recyclingpapier.
Es handelt sich bei diesem Heft um
eine nicht verkäufliche Gratispublikation.



In Brüssel:

Europäisches Parlament
ASP 07F353, 60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel.: + 32/ 228 457 39
manuela.ripa@ep.europa.eu

In Straßburg:

Europäisches Parlament
Bât. LOUISE WEISS T06061
1, avenue du Président Robert Schuman
CS 91024
F-67070 Strasbourg Cedex
Tel.: +33/ 3 88 1 75739

In Saarbrücken:

Europa Bürgerbüro
Im Rosengarten 3, 66130 Saarbrücken
Tel.: 06 81/ 590 998 31
europabuero@manuela-ripa.eu

Kontakt Manuela Ripa:

- www.manuela-ripa.eu
- Facebook: @ripamanuela
- Instagram: @manuela.ripa
- Bluesky: @manuelaripa.bsky.social
- Mastodon: @manuelaripa
- LinkedIn: manuela-ripa-726437343
- Youtube: @ManuelaRipa_MdEP



Ökologisch-
Demokratische
Partei

Die vorliegende Veröffentlichung wurde mit Geldern des Europäischen Parlaments unterstützt. Die Haftung für die Inhalte liegt allein bei den Autoren. Das Europäische Parlament haftet nicht für eine etwaige Weiterverwendung der darin enthaltenen Informationen.